# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich Mk., auf dem Lande Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Anzeigenpreis Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 3spaltige Korpuszeile Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile Mk. Nachweisungsgebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

**Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.**

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 95 — Sonntag den 23. April 1922. — 81. Jahrgang


## Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Spannung, die durch den deutsch-russischen Vertrag in Genua hervorgerufen wurde, ist durch die von den Alliierten im wesentlichen gebilligte deutsche Antwortnote behoben.

* In einer Besprechung mit dem Ernährungsminister wurde in Aussicht genommen, freie Lieferungsverträge für Kartoffeln abzuschließen und von einer Umlage zunächst abzusehen.

* Nach einer Pariser Blättermeldung beschäftigt sich der französische Generalstab mit Plänen zur Besetzung des Ruhrgebiets.

* Lloyd George erklärte in Genua, daß der Völkerbund keinen wahren Weltfrieden sichern könne, solange Rußland und Deutschland dem Bunde nicht angehören.

* Die Regierung der Vereinigten Staaten wird gegen den deutsch-russischen Vertrag keinen Einspruch erheben.

* Die Genueser Polizei hat 15 Russen verhaftet, die falsche Pässe besaßen und verdächtigt werden, an einem Komplott beteiligt zu sein.

## Der beigelegte Zwischenfall.

Die neueste Note des deutschen Reichskanzlers hätte, so wird sich heute wohl mancher sagen, wenn er sie liest, ungleich schlimmer ausfallen können. Der ungeheure Lärm, den die gesamte Ententepresse unter Anführung der Franzosen um den deutsch-russischen Sondervertrag gemacht hatte, die scharfe Art, in der Lloyd George unsere Delegierten schriftlich und mündlich wegen ihrer Heimlichkeiten, wegen ihrer Illoyalität, wegen ihrer Sabotage der Konferenz zurechtwies, mußten die Befürchtung aufkommen lassen, daß der deutsche Standpunkt in dieser Frage nur sehr schwer oder gar nicht zu behaupten sein möchte. Unsere jetzt vorliegende Antwort aber zeigt in sehr erfreulicher Weise, daß Herr Dr. Wirth mit Ehren aus der überaus schwierig gewordenen Situation hervorgegangen ist. Ohne auf das Geschrei von drüben mit gleichen oder ähnlichen Erwiderungen einzugehen, wird doch das Verhalten unserer Delegation in Genua als in jeder Beziehung einwandfrei nachgewiesen, und man darf es dabei als besonders erwünscht bezeichnen, daß die amtliche Schilderung der Vorgänge der ersten Genua-Woche genau mit allen Privatberichten übereinstimmt, die darüber bislang nach Deutschland gekommen waren. Die uns vorgeworfene Illoyalität wird zwar nicht mit Worten, aber in der Sache ganz deutlich der Gegenseite zurückgegeben, während wir für unser Vorgehen gegenüber den Russen neben voller Unbedenklichkeit der Form auch die uns durch die einladenden Mächte aufgezwungene Notwehr in Anspruch nehmen. Daß Dr. Wirth sich im übrigen der Tonart des Schriftstückes anzupassen sucht, das ihm Lloyd George überreichen lassen mußte, kann bei der Lage der Dinge nur als selbstverständlich erscheinen. Die Art schließlich, wie er sich mit seiner Fernhaltung von weiteren Verhandlungen über die Russenfrage innerhalb der politischen Kommissionen der Konferenz abfindet, mag vielleicht nicht jeden gefallen, wichtiger aber mußte wohl sein, ob wir dadurch einen irgendwie bedeutsamen sachlichen Verlust zu besorgen haben oder nicht. Darüber können wohl die Ansichten im Augenblick auseinandergehen, doch wird alles darauf ankommen, wie sich der weitere Fortgang der Konferenz gestaltet.

In dieser Beziehung wäre allerdings jeder Optimismus heute noch durchaus verfrüht. Die Franzosen setzen, in ihrem Übereifer vorerst in Genua etwas zurückgedrängt, von Paris aus um so heftiger Himmel und Hölle in Bewegung, um auf anderen Wegen zu erreichen, was die gütliche Beilegung des Zwischenfalles in Genua ihnen verdorben hatte: die Zerreißung des deutsch-russischen Vertrages, und damit eine neue, vielleicht die schwerste Demütigung des verhaßten Deutschen Reiches. Sie wollen diese Demütigung, um Deutschland auch nach Osten hin vollständig in ihre Hand zu bekommen, sie wollen sie ferner um deswillen, weil es nicht in ihren Plänen liegt, Rußland, sei es aus sich selbst heraus, sei es mit anderer als französischer Hilfe, wieder emporkommen zu lassen. So scheiden sich hier zwei Welten in Gesinnung und Anschauung. Wir kämpfen darum, auch in Genua, daß französischer Herrschsucht endlich wieder ein Ziel gesetzt wird. Um dieses Zieles willen, das für uns eine unbedingte Lebensnotwendigkeit bedeutet, sollte das ganze deutsche Volk auch fernerhin in möglichster Geschlossenheit unsere Delegation in Genua unterstützen.

## Die deutsche Antwortnote.

Deutschlands Antwort auf die Einwendungen der übrigen Mächte gegen den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages wurde dem Führer der italienischen Abordnung übergeben. Die Note hat folgenden Wortlaut:

„Herr Präsident! Auf das von Ihnen gemeinsam mit dem Herrn Vorsitzenden der französischen, britischen, japanischen, belgischen, tschechoslowakischen, polnischen, jugoslawischen, rumänischen und portugiesischen Delegation unterzeichnete Schreiben vom 18. d. M. beehre ich mich folgendes zu erwidern: Seit mehreren Jahren hat Deutschland die russische Sowjetrepublik anerkannt. Eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Ländern über die Folgen des Kriegszustandes war jedoch notwendig, bevor die ordentlichen diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen werden konnten. Die Verhandlungen, die hierüber zwischen den beiden Regierungen geführt wurden, waren schon vor mehreren Wochen so weit vorgeschritten, daß sie einen Abschluß ermöglichten.

Die russische Verständigung war für Deutschland deshalb besonders wichtig, weil hier die Möglichkeit bestand, mit einem der großen am Kriege beteiligten Staaten zu einem Friedenszustand zu gelangen, der alle dauernde Schuldnerschaft ausschließt und von Grund auf erneute, durch die Vergangenheit nicht belastete freundschaftliche Beziehungen ermöglicht.

Deutschland ging nach Genua mit dem herzlichen Wunsch auf gemeinsame Arbeit mit allen Völkern zur Wiederaufrichtung des leidenden europäischen Erdteils, im Vertrauen auf das wechselseitige Verständnis für die Sorgen aller seiner Glieder. Die Vorschläge des Londoner Programms ließen

die deutschen Interessen außer acht.

Ihre Unterzeichnung hätte drückende Reparationsansprüche Rußlands gegenüber Deutschland hervorgerufen. Eine Reihe von Bestimmungen hätte dazu geführt, daß die Folgen der zaristischen Kriegsgesetze Deutschland allein zur Last gefallen wären. Wiederholt hat die deutsche Delegation Mitglieder der Delegation der einladenden Mächte in eingehenden Besprechungen auf diese schweren Bedenken aufmerksam gemacht. Dies ist jedoch ohne Erfolg geblieben; vielmehr wurde der deutschen Delegation bekannt, daß die einladenden Mächte Sonderverhandlungen mit Rußland eingeleitet hatten. Mitteilungen über diese Verhandlungen ließen darauf schließen, daß eine Verständigung binnen kurzem bevorstand, daß aber die Berücksichtigung der gerechten deutschen Wünsche nicht in Aussicht genommen war. Die deutsche Delegation ließ demgegenüber keinen Zweifel, daß sie gezwungen sei, ihre Interessen unmittelbar zu vertreten, da sie sonst in die Lage gekommen wäre, sich in der Kommission einem Entwurf gegenüber zu sehen, der für sie unannehmbar, aber von der Mehrheit der Kommissionsmitglieder bereits vereinbart war. Der Vertrag mit Rußland ist deshalb am Sonntag abend in genaue Übereinstimmung mit dem bereits vor Wochen aufgestellten Entwurf unterzeichnet und alsbald bekanntgegeben worden. Dieser Vorgang zeigt in aller Deutlichkeit, daß die deutsche Delegation den Weg der Verhandlungen mit Rußland nicht aus Mangel an Gemeinschaftssinn, sondern aus zwingenden Gründen beschritten hat. Er zeigt ebenso deutlich, daß die deutsche Delegation bestrebt gewesen ist, von ihren Verfahren jede Heimlichkeit fernzuhalten.

Es würde durchaus den Wünschen der deutschen Delegation entsprechen, wenn auf der Konferenz eine allgemeine Regelung der russischen Frage gelänge und wenn in diese Gesamtregelung der deutsch-russische Vertrag eingefügt werden könnte.

Die Möglichkeit hierzu ist sehr wohl gegeben. Der Vertrag greift in das Verhältnis dritter Staaten zu Rußland in keiner Weise ein, auch ist er in jeder seiner Bestimmungen von dem Gedanken getragen, dessen Verwirklichung Sie mit Recht als das Hauptziel der Konferenz bezeichneten, nämlich von dem Geiste, der das Vergangene als endgültig abgeschlossen ansieht und eine Grundlage für den

gemeinsamen friedlichen Wiederaufbau

zu schaffen sucht. Was die weitere Behandlung der russischen Fragen auf der Konferenz betrifft, so hält auch die deutsche Delegation es für richtig, daß sie sich an den Beratungen der ersten Kommission über diejenigen Fragen, die den zwischen Deutschland und Rußland bereits geregelten Fragen entsprechen, nur dann beteiligt, wenn etwa ihre Mitarbeit besonders gewünscht werden sollte. Dagegen bleibt die deutsche Delegation an allen denjenigen der ersten Kommission übertragenen Fragen interessiert, die sich nicht auf die im deutsch-russischen Vertrage geregelten Punkte beziehen. Die deutsche Delegation hat mit Genugtuung die Entwicklung begrüßt, welche die Verhandlungen der Kommissionen genommen haben. Sie fühlt sich einig mit dem Geiste der Solidarität und des Vertrauens, der diese Arbeiten beseelte. Weit entfernt von dem Gedanken, sich von der europäischen Gemeinschaftsarbeit abzuwenden, ist sie bereit, an den von der Konferenz von Genua zu erfüllenden Aufgaben im Sinne der Völkerversöhnung und im Sinne des Ausgleiches östlicher und westlicher Wohlfahrt mitzuarbeiten. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung. gez. Wirth."

Namentlich in italienischen Kreisen soll die deutsche Note einen vorzüglichen Eindruck gemacht haben und direkt als die beste Art bezeichnet werden, den Zwischenfall beizulegen und den Fortbestand der Konferenz zu sichern, trotzdem der deutsch-russische Vertrag weder zurückgezogen noch der Konferenz zur Genehmigung vorgelegt wird.

### Einverständnis der Konferenzmehrheit.

Zum erstenmal ist von der deutschen Regierung eine Note überreicht worden, bei der man nicht besorgt auf eine Antwort zu warten braucht, denn durch die verdienstvolle Vermittlung des italienischen Außenministers Schanzer ist dieses Schriftstück vorher mit den Alliierten so eingehend beraten worden, daß eine Mehrheit der Genueser Konferenz damit von vornherein einverstanden ist. Es ist dadurch erreicht, daß sowohl der Bestand der Konferenz selbst und auch der deutsch-russische Vertrag gesichert sind. Auch kommt eine „Genehmigung" des Vertrages durch die Konferenz nicht in Betracht, ebensowenig ein grundsätzlicher Ausschluß der Deutschen von den weiteren Beratungen über Rußland. Zweifellos wird der Vertrag für andere Staaten ein Vorbild dafür sein, wie zwei Länder ihre Beziehungen zueinander regeln können, indem sie einen energischen Strich durch alte Vorkriegsrechnungen machen.

Gerade das aber wünschen die Franzosen nicht, und die Reparationskommission hat daher auf Poincarés Anregung hin beschlossen, den Vertrag von sich aus „nachzuprüfen", ob er etwa den Rechten der Kommission Abbruch tut. Im Gegensatz dazu hat Lloyd George in einer Aussprache mit den Vertretern der Presse in Genua betont, daß der ganze Zwischenfall durchaus erledigt sei, und daß weder von deutscher noch von russischer Seite irgendwelche Störungsabsichten dabei bestanden haben. Minister Rathenau wies seinerseits auf den besonders versöhnlichen Ton der deutschen Note hin, der dennoch die Würde Deutschlands durchaus wahrt. Man hat also gegenwärtig das Gesamtbild, daß in Genua der Friede wieder hergestellt ist und der deutsche Standpunkt Anerkennung gefunden hat, daß aber von Paris aus die schwersten systematischen Angriffe gegen den neuen Vertrag und gegen Deutschland eingeleitet werden.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz.

Die Beratungen, die im Reichsverkehrsministerium mit den Beamten- und Arbeiterorganisationen über das Arbeitszeitgesetz geführt werden, sind vorläufig abgebrochen worden, da in gewissen Fragen eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Das Reichsverkehrsministerium will vor der Wiederaufnahme dieser Verhandlungen unter Hinzuziehung einiger hervorragender Gewerkschaftsführer neue Vorschläge ausarbeiten. Die Verhandlungen mit den Organisationen selbst sollen in den nächsten Tagen wieder beginnen.

Deutsch-polnische Wirtschaftsverhandlungen?

Wie von unterrichteter Seite verlautet, werden Anfang Mai Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reiche und der Republik Polen über den Abschluß eines Wirtschafts- und Handelsvertrages ihren Anfang nehmen. Als deutscher Unterhändler wird Ministerialdirektor v. Stockhammer genannt.

**Das Schicksal der deutschen Rheinschiffe.**

Zwischen der deutschen und französischen Regierung finden Verhandlungen statt, die darauf hinzielen, daß bereits enteignete deutsche Rheinschiffe ihren Besitzern verbleiben, die deutsche Regierung sich dagegen verpflichten soll, den entsprechenden Schiffsraum in neu zu bauenden Rheinschiffen zur Ablieferung zu bringen. Derartige Verhandlungen haben auch bereits mit der belgischen Regierung stattgefunden. Wie es heißt, besteht Aussicht, daß sie demnächst zum Abschluß führen werden.

**Wucherverfolgung in Oberschlesien.**

Die Interalliierte Kommission zu Oppeln erklärt in einer amtlichen Mitteilung, daß die gegenwärtige Teuerung auf wucherische Handlungen der Kaufleute zurückzuführen sei. Die Interalliierte Kommission hat beschlossen, gegen die Wucherer und Schieber scharf vorzugehen. Sie hat die Kreiskontrolleure angewiesen, unverzüglich die nötigen Strafmaßnahmen zu ergreifen. Am Schluß der amtlichen Mitteilung wird die Bevölkerung zur Mitarbeit aufgefordert.

**Abwehr französischer Schauermärchen.**

Pariser Blätter stellen die Behauptung auf, die deutsche Regierung habe etwa 12 000 Mann Stoßtrupps nach dem Ruhrgebiet abgehen lassen und in Oberschlesien kündige sie an, daß sie zum Widerstand bereit sei. Diese Nachricht ist in allen Teilen erfunden. Irgend eine Verschiebung von Teilen der Reichswehr oder von Polizeikräften hat nicht stattgefunden. Ebenso unverständlich und aus der Luft gegriffen ist die Behauptung von einem beabsichtigten Widerstand in Oberschlesien. Den Gipfel des Unsinnigen aber erreichen die Ausstreuungen, daß bereits deutsche Kavallerie im — polnischen Korridor zusammengezogen sei, um wahrscheinlich einen Krieg gegen das bis an die Zähne bewaffnete Polen zu führen.

### Italien

× Der Internationale Gewerkschaftskongreß wurde in Rom eröffnet. Zwanzig Länder sind durch 200 Delegierte vertreten, Deutschland durch acht Delegierte. Der italienische Abgeordnete D'Arragona zog einen Vergleich zwischen der Genua-Konferenz, welcher die Arbeiterschaft mißtraue, und dem Kongreß in Rom, welcher die in Genua verpönte Abrüstung erstrebe. Der Engländer Thomas sprach gegen den Militarismus speziell Frankreichs und gegen die Besetzung des Rheinlandes. Die Verhandlungen sind schwierig, da alle Reden in vier Sprachen, darunter Schwedisch, übertragen werden müssen.

## Ein Brief drei bis fünf Mark.

Der Entwurf des erhöhten Posttarifs.

Die bereits angekündigten neuen Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren wurden jetzt im Posiministerium einer Beratung unterzogen. Die neuen Gebühren für Briefsendungen, Pakete, Postschecks sowie die Telegramm- und Fernsprechgebühren sollen Anfang Juni oder Juli, die neuen Zeitungsgebühren erst mit dem 1. Oktober 1922 in Kraft treten. Der Reichspostminister begründete die neue Gebührenvorlage mit der sprunghaft eingetretenen Erhöhung der Betriebskosten und der notwendigen Kosten für ieglichen Lebensunterhalt, die Ankaufe

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF